



SCHWEIZERISCHES GENERALKONSULAT
IN WIEN

WIEN III, 18. April 1946.
Prinz Eugenstrasse 9a
Telephon Nr. B 52-0-76

*M. h. Auf des Departement
13.V*

Aktenzeichen

K 6

POLITISCHES DEPARTEMENT
10. MAI 1946 058794
REF. A. 21. 31. Wien

*Schreyer
Kont 25. 11. 1946
16.V
(dan an Ha Secy)*

Herr Legationsrat,

Wien N. 32. 42. 11. 4

Auf Einladung der "Oesterreichischen Liga für die Vereinten Nationen" sprach Professor von Salis im Konzerthaus in Wien am 16. d. Mts. über das Thema "Die Vereinten Nationen - die Hoffnung der Welt".

Professor von Salis ist weitesten Kreisen Oesterreichs bekannt durch seine vom Studio Zürich ausgesandten politischen Wochenberichte, die hier während des Naziregimes trotz strengstem Abhörverbot mit gespanntem Interesse verfolgt wurden. Der Andrang zu dem Vortrag war daher ein Ausserst grosser und der Mozartsaal des Konzerthauses, der ca 900 Personen fasst, war zu klein, um alle Interessenten aufnehmen zu können. Der Veranstaltung wohnten die Spitzen des Staates und der städtischen Behörden, unter vielen anderen Bundespräsident Renner, Bundeskanzler Figl, Finanzminister Zimmermann, Justizminister Gerö, die Staatssekretäre Schumy und Graf sowie Bürgermeister General Körner, bei. Selbst der greise Altbürgermeister Seitz, obwohl leidend, liess es sich nicht nehmen, am Vortrage teilzunehmen. Die grosse Teilnahme von offiziellen Persönlichkeiten stellte nicht nur eine Ehrung für den Vortragenden dar, sondern sie bedeutete gleichzeitig eine Kundgebung der Achtung und Dankbarkeit gegenüber unserem Lande, wie dies auch aus den Begrüssungs- und Schlussworten von Alt-Finanzminister und Alt-Nationalbankpräsident Kienböck hervorging.

Einer Einladung des Justizministers folgend, speisten Herr von Salis und der Unterzeichnete am 17. d. Mts. mittags mit diesem. Im Laufe der Unterhaltung kam das Gespräch auch auf österreichische aussen- und innenpolitische Fragen. Der Minister wies auf die unhaltbaren Zustände hin, die durch die Zoneneinteilung und durch die Methoden der Besatzungsbehörden geschaffen wurden. Oesterreich weise das Unikum auf, nicht eine, sondern fünf Verwaltungsapparaturen zu besitzen und zwar die eigene und die der vier Besatzungsmächte. Die Einmischung der Besatzungsbehörden wirke in höchstem Grade korrumpierend auf die Bevölkerung. Wer mit einer Massnahme einer österreichischen Behörde nicht zufrieden ist und über die nötigen Beziehungen zu höheren Funktionären der Besatzungsmächte verfügt, lasse diese spielen, um solcherart sein Ziel zu erreichen. Vizekanzler Dr. Schärff, Obmann der sozialistischen Partei, habe bei seinen kürzlichen Verhandlungen in London auf die Unzukömmlichkeiten des Besatzungsregimes hingewiesen und die Antwort erhalten, man lächle in London über

Es wird gebeten: Anfragen das Rückporto beizufügen.
Unsere Aktenzeichen zu wiederholen.

Recher





SCHWEIZERISCHES ~~GENERALKONSULAT~~
IN WIEN

WIEN III,
Prinz Eugenstrasse 9a
Telephon Nr. B 52-0-76

Aktenzeichen

die Generäle, was diesen zur Bemerkung veranlasst habe, dass damit wohl Oesterreich noch nicht geholfen sei.

Minister Gerö, der vor dem Anschluss Oesterreichs an Deutschland Erster Staatsanwalt in Wien war und während der Nazi Herrschaft zu den Insassen der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald zählte, erklärte, dass von irgendwelchen Nazi-untrieben in Oesterreich nicht gesprochen werden könne. Gleichwohl werde von Organen der Besetzungsbehörden von Zeit zu Zeit an ihre Regierungsstellen über solche berichtet. Dies habe seinen natürlichen Grund in dem Interesse, das diese Funktionäre an einer möglichst lange dauernden Besetzung haben, würde doch eine grosse Zahl von ihnen auf ein sorgenfreies Wohlleben verzichten und sich auf ihre mehr oder weniger unbedeutenden und weniger ertragnisreichen Zivilberufe zurückziehen müssen.

Nach Minister Gerö haben sich die Russen bis zu den Wahlen kaum in die österreichische Verwaltung eingemischt und der provisorischen Regierung ziemlich freie Hand gelassen. Das Wahlergebnis habe aber diese Haltung grundlegend geändert und seither wurden von den Russen Schwierigkeiten über Schwierigkeiten gemacht. So sei auch die Nichtanerkennung des Verfassungsübergangsgesetzes vom 19. Dezember 1945 durch den Alliierten Rat und das Verlangen, eine definitive neue Verfassung bis zum 1. Juli auszuarbeiten, auf die Russen zurückzuführen.

Bekanntlich hatte der österreichische Nationalrat den einstimmigen Beschluss gefasst, die von der provisorischen Staatsregierung auf Grund des Beschlusses der drei Parteien wieder in Kraft gesetzte Verfassung von 1929 gutzuheissen, die auf foederalistischer Basis beruht. Gegenüber dem Begehren des Alliierten Rates hat nun der österreichische Nationalrat in seiner Sitzung vom 12. d. Mts. einen Beharrungsbeschluss gefasst. Abgeordneter Vizekanzler Dr. Schärf stellte als Obmann der Sozialistischen Partei den Antrag, der Nationalrat bekenne sich zu seinem Beschluss vom 19. Dezember 1945 und stelle fest, dass das Bundesverfassungsgesetz in der Fassung von 1929 Bestandteil der gültigen Rechtsordnung ist. Er ersuche die Bundesregierung diesen Standpunkt dem Alliierten Rat zur Kenntnis zu bringen. Dieser Antrag wurde mit allen gegen vier Stimmen der kommunistischen Abgeordneten angenommen.

Für Oesterreich ist, führte Minister Gerö aus, nur eine Verfassungsform möglich und naturgegeben und das ist die foederalistische. Im Hinblick auf den Ausgang der Wahlen, die in den Bundes-Ländern, mit Ausnahme von Wien (3) und Niederösterreich (1), keine kommunistischen Nationalratsmandate brachten, seien die Russen gegen eine foederalistische Verfassung, da

Es wird gebeten: Anfragen das Rückporto beizufügen.
Unsere Aktenzeichen zu wiederholen.



SCHWEIZERISCHES GENERALKONSULAT
IN WIEN

WIEN III,
Prinz Eugenstrasse 9a
Telephon Nr. B 52-0-76

Aktenzeichen

sie sich von einer zentralistischen Verfassung eine Einflussnahme der kommunistischen Minderheiten in den Ländern erwarten.

Das Ergebnis der Wahlen sei für die Russen eine arge Enttäuschung gewesen und habe die bereits erwähnte Verstimmung herbeigeführt. Die Kommunisten hätten mit mindestens 20 Prozent der Nationalratssitze gerechnet. Die Niederlage der Kommunisten sei die Reaktion der Bevölkerung auf die Aufführung der russischen Truppen. Im Heimatort des Kommunisten Genner, der sich den König des "Waldviertels", eines Bezirkes im russisch-besetzten Niederösterreich, nannte, seien nur vier kommunistische Stimmen abgegeben worden, obwohl die Familie Genner's selbst sechs stimmenberechtigte Mitglieder zähle.

Den Wahlerfolg der Oesterreichischen Volkspartei erklärt der Minister, der selbst parteilos ist, mit dem Fehlen einer Mittelpartei. Sie habe daher alle Stimmen der nicht-marxistisch eingestellten Wähler auf sich vereinigen können.

Die gegenwärtige Situation Oesterreichs sei, dass es als "befreites" Land schlechter gestellt sei als ein besiegtes. Der Alliierte Rat sei der Barometer für das jeweilige Verhältnis zwischen den Grossmächten und wenn in irgend einem Weltwinkel sich Spannungen ergeben, mache sich dies für Oesterreich bemerkbar.

Die österreichische wirtschaftliche Situation stehe und falle mit den Potsdamer-Beschlüssen.

Inbezug auf die Haltung der Schweizer-Presse gegenüber Oesterreich äusserte sich der Minister lobend und befriedigt. Nur an einigen in letzter Zeit in der "Weltwoche" erschienenen Artikeln über Oesterreich aus der Feder von Dr. Schmid nimmt er Anstoss, die man fast als unfreundlichen Akt bezeichnen könne, zumal ja Dr. Schmid während seines Aufenthaltes Gelegenheit gehabt habe, sich über die tatsächlichen Verhältnisse eingehend zu orientieren.

Genehmigen Sie, Herr Legationsrat, die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung.

An das
Eidgenössische Pol. Departement,
Politische Sektion,
B E R N.